

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Beantwortung der Interpellation betreffend Sicherheit in der Stadt Winterthur, eingereicht von Gemeinderat A. Daurù (SP) und Gemeinderätin B. Baltensberger (SP)

Am 3. Mai 2010 reichten Gemeinderat Andreas Daurù und Gemeinderätin Bea Baltensberger namens der SP-Fraktion mit 20 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

"Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt. Sie ist ein öffentliches Gut und eine unverzichtbare Voraussetzung für hohe Lebensqualität. Sie ist daher auch allumfassend und besteht aus einem vielschichtigen Zusammenwirken verschiedener Faktoren.

Leider wird das subjektive Sicherheitsgefühl immer wieder durch unterschiedlichste Vorfälle erschüttert. Nicht zuletzt spielt hier auch ein politisch geschürter Alarmismus eine nicht unwesentliche Rolle. Die objektiv gemessene Sicherheit in der Stadt Winterthur ist gemäss Studien nämlich auf sehr hohem Niveau.

Im Zusammenhang mit den departementsübergreifenden Anstrengungen seitens der Stadt Winterthur bezüglich Sicherheit soll deshalb der Status quo erfasst werden, um allfälligen politischen Handlungsbedarf zu orten und mit gezielten Massnahmen die subjektive und objektive Sicherheit zu wahren und wo nötig zu verbessern.

Es stellen sich folgende Fragen:

- 1. Wie interpretiert der Stadtrat die Ergebnisse der Umfragen zur subjektiven Sicherheit der letzten 5 Jahre im Quervergleich mit anderen Städten?*
- 2. Hat die Stadt Winterthur aus eigenen oder fremden Erhebungen Daten zur Wirksamkeit der unterschiedlichen präventiven (z.B. Mojawi, Jugenddienst, aber auch sozialen Sicherheit und im Bereich Städtebau), repressiven (Polizei) und integrativen (z.B. Strassensozialarbeit) Massnahmen zur Förderung der Sicherheit?*
- 3. Verfügt die Stadt Winterthur, insbesondere das DSU, über eine Strategie zur Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit in der Stadt?*
- 4. Wo sieht die Stadt mit Einbezug aller Departemente den grössten Handlungsbedarf und wie viel würden die entsprechenden Massnahmen grob gerechnet kosten?"*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Es ist dem Stadtrat ein zentrales Anliegen, dass in Winterthur ein hohes Mass an Sicherheit gewährleistet ist, dass sich die Winterthurer Bevölkerung sicher fühlen kann und nicht befürchten muss, Opfer einer strafbaren Handlung zu werden. In diesem Zusammenhang ist das interdisziplinäre Zusammenwirken verschiedenster Verwaltungszweige von zentraler Bedeutung. Der Stadtrat hat sich zu verschiedenen Aspekten der urbanen Sicherheit erst kürzlich im Rahmen der Beantwortung der Interpellation betreffend Sicherheit in Winterthur (GGR-Nr. 2010/026) und im Bericht zur Budgetmotion betreffend Personalausbau bei der Stadtpolizei (GGR-Nr. 2010/072) ausführlich geäussert. Weil der vorliegende parlamentarische Vorstoss thematisch sehr ähnlich gelagert ist, wird in den nachfolgenden Ausführungen an verschiedenen Stellen auf die damaligen Darlegungen verwiesen.

Empirische Forschungen belegen, dass zwischen dem subjektiven Sicherheitsgefühl sowie dem daraus resultierenden Verhalten auf der einen und der objektiven Sicherheitslage auf der anderen Seite eine hohe Übereinstimmung besteht. Wer in Quartieren lebt, in denen überdurchschnittlich viele Delikte begangen werden, schätzt auch die dortige Lebensqualität negativ ein. Wie eine im Jahr 2000 von der Stadtpolizei in Auftrag gegebene Sicherheitsstudie ergeben hat, treffen diese kriminologischen Befunde auch für die Stadt Winterthur zu (MANUEL EISNER/PATRIK MAZONI/RUTH SCHMID, Lebensqualität und Sicherheit im Wohnquartier, 2000, S. 64 und 96). Die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung basiert demnach nicht auf dramatisierender Medienberichterstattung oder irrationalen Ängsten; vielmehr entspricht sie weitgehend der tatsächlichen Sicherheitslage.

Bezüglich der objektiven Sicherheit weist Winterthur laut Polizeilicher Kriminalstatistik insgesamt eine bessere Bilanz auf als die anderen fünf Grossstädte in der Schweiz. Schon vor sieben Jahren schnitt die Stadt Winterthur in einem Vergleich mit den Städten Bern, Biel, Genf, Luzern, St. Gallen und Zürich sowohl bezüglich Sachdelikten als auch bezüglich Gewaltdelikten am besten ab (Bieler Tagblatt vom 14.04.2005). Wird allerdings ein Vergleich mit den umliegenden ländlichen Gemeinden angestellt, liegt die Deliktsquote in der Stadt Winterthur wegen deren urbanen Zentrumslasten deutlich höher. Straftaten, die sich vorwiegend im öffentlichen Raum ereignen, also Delikte gegen die Person wie Körperverletzungen, Raub oder sexuelle Angriffe, aber auch Velodiebstähle etc. haben nach dem "Swiss Crime Victimization Survey" (1984 bis 2005) in den vergangenen Jahren in der Schweiz stark zugenommen, und zwar bei konstanter Anzeigerate (anders als die polizeiliche Kriminalstatistik erfasst der Crime Survey auch das Dunkelfeld der Kriminalität; MARTIN KILLIAS/SANDRINE HAYMOZ/PHILIPPE LAMON, Swiss Crime Survey, 2007, S. 146).

Zur Beurteilung des Sicherheitsgefühls bieten sich für die Stadt Winterthur in erster Linie die Bevölkerungsbefragungen aus den Jahren 2007 und 2009 an. Diese erlauben wegen ihrer Standardisierung auch einen Vergleich mit anderen Städten. Gesamtschweizerisch ergeben sich wiederum aus den Opferbefragungen im "Swiss Crime Survey" wertvolle Hinweise. Sie belegen, dass Unsicherheitsgefühle in erster Linie durch die Anwesenheit "störender" Personen im öffentlichen Raum und die schlechte Beleuchtung der Strassen entstehen. Im Rahmen dieser Studie bezeichneten auf die offen gestellte Frage nach den grössten Sorgen 58% der befragten Personen die Kriminalität als eines der drei wichtigsten Themen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

"Wie interpretiert der Stadtrat die Ergebnisse der Umfragen zur subjektiven Sicherheit der letzten 5 Jahre im Quervergleich mit anderen Städten?"

Der Stadtrat hat sich im Rahmen der eingangs erwähnten Interpellationsantwort (GGR-Nr. 2010/026) bereits sehr ausführlich mit den Umfrageergebnissen befasst, weshalb an dieser Stelle zur Vermeidung von Wiederholungen auf die einschlägigen Ausführungen verwiesen wird.

Der Stadtrat hat schon damals festgehalten, dass sich die Interpretation der betreffenden Resultate nicht auf eine einzelne Feststellung reduzieren lässt. Immerhin kann aber festgehalten werden, dass sich die meisten Winterthurerinnen und Winterthurer in ihrer Stadt nach wie vor sicher fühlen. In dieser Beziehung schneidet Winterthur auch im Städtevergleich sehr gut ab. Allerdings hält in unserer Stadt ein grösserer Bevölkerungsanteil als bei-

spielsweise in Zürich die staatlichen Massnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit für ausbaubedürftig. Am sichersten wird das eigene Wohnquartier wahrgenommen; als weniger sicher gilt das Stadtzentrum, im Speziellen der Bereich rund um den Hauptbahnhof. Für diese Gebiete wird mehr Sicherheit gewünscht. Als Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls wird auch die halbverdeckte Polytoxikomanenszene im Zentrum empfunden, ebenso die urbane Kleinkriminalität (Sachbeschädigungen, Diebstähle, Bettlerei, Pöbeleien etc.). Störend wirken an gewissen Orten ferner Abfall, Dreck, Schmierereien und Vandalismus. Schliesslich ist auch in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Umfragen unter Umständen zu teilweise anderen Ergebnissen geführt hätten, falls auch Minderjährige befragt worden wären. Um den Einfluss der zunehmenden Gewaltproblematik in den Jugendszenen der Städte auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu erheben, sollten sinnvollerweise auch diejenigen mit einbezogen werden, die am häufigsten Opfer dieser Art von Delinquenz werden. Dies sind in erster Linie die Jugendlichen selber.

Zur Frage 2:

„Hat die Stadt Winterthur aus eigenen oder fremden Erhebungen Daten zur Wirksamkeit der unterschiedlichen präventiven (z.B. Mojawi, Jugenddienst, aber auch sozialen Sicherheit und im Bereich Städtebau), repressiven (Polizei) und integrativen (z.B. Strassensozialarbeit) Massnahmen zur Förderung der Sicherheit?“

Es existieren keine Studien, die sich spezifisch mit der Wirksamkeit von Sicherheitsmassnahmen in der Stadt Winterthur befassen. Zahlreiche allgemeine erfahrungswissenschaftliche Erkenntnisse aus der kriminologischen Literatur lassen sich aber auch auf die Winterthurer Gegebenheiten übertragen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich objektive und subjektive Sicherheit nur mit einem interdisziplinären Vorgehen gewährleisten lässt. Als besonders wirksam erweisen sich dabei Massnahmen, welche die situativen Faktoren der Kriminalität berücksichtigen; sämtliche Untersuchungen zeigen, dass sich mit situationsbezogener Prävention die besten Resultate erzielen lassen. Bestehen weniger Gelegenheiten, um Delikte zu begehen, so sinkt auch die Kriminalität signifikant. So hat beispielsweise die Einführung von Substitutionsprogrammen zu einem starken Rückgang der Beschaffungskriminalität geführt, weil Drogenabhängige damit auf einfachere und legale Art an die harten Betäubungsmittel gelangen. Desgleichen trugen in der Stadt Zürich Poller oder immobile Blumentöpfe mehr zur Verhinderung von Rammbockeinbrüchen in Juweliergeschäfte bei als eine Erhöhung der Polizeipräsenz. Sinnvoll eingesetzt, erhöhen auch Überwachungskameras die Sicherheit. Noch keine Klarheit besteht darüber, inwiefern auch die im Vergleich zu früher neuerdings ziemlich restriktive Alkoholabgabe an Jugendliche positive Effekte haben wird.

Diesen Erkenntnissen und Erfahrungstatsachen trägt der Stadtrat in verschiedenster Hinsicht Rechnung: So erbringen etwa die Sozialen Dienste unverzichtbare Leistungen im Zusammenhang mit der Linderung des Drogenelends durch verschiedene unterstützende Massnahmen bei den direkt Betroffenen (spezifische Betreuung sozialer Randgruppen und Drogenabhängiger, ambulante Therapie und Behandlung, Verhinderung von Obdachlosigkeit etc.); zur Bekämpfung des Jugendalkoholismus besteht ein umfangreiches "Jugendschutzkonzept Alkohol", das zahlreiche städtische Institutionen und weitere Gremien in die Verantwortung einbindet. Zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung wird auch mit städtebaulichen Massnahmen beigetragen; zu erwähnen ist hier beispielsweise die Testplanung für den Musikpavillon und den Stadtgarten. Eine wichtige Rolle kommt in diesem Zusammenhang – wie aktuell unter anderem die positiven Erfahrungen mit dem Projekt Töss zeigen – ferner der Quartierentwicklung und den lokalen Quartiervereinen zu. Gestützt auf die Erfahrungen aus anderen Städten wird gegenwärtig auch geprüft, ob eine punktuelle Videoüberwachung neuralgischer Örtlichkeiten im öffentlichen Raum – allenfalls verbunden

mit einer besseren Beleuchtung – der objektiven Sicherheit und dem Sicherheitsgefühl förderlich ist.

Unter Sicherheitsaspekten problematisch ist die Zentrumsfunktion von Winterthur, ergeben sich doch in einer Grossstadt verschiedenste Gelegenheiten, um Delikte zu begehen. Zwar bringt die Nähe zu Zürich eine gewisse Entlastung; nichtsdestotrotz gibt es aber auch in Winterthur zahlreiche Anziehungspunkte für kriminelles Verhalten (etliche Geschäfte des Detailhandels; die Möglichkeit anonymen Auftretens; ein Bahnhof mit hohem Publikumsverkehr; mehrere grössere Parkanlagen; unzählige Veranstaltungen; verschiedene Museen und Kinos; rege besuchte Bildungsinstitute; zahlreiche Gastgewerbebetriebe mit verlängerten Öffnungszeiten etc.). Dass man in Winterthur besonders an Wochenenden rund um die Uhr "in den Ausgang" gehen kann, trägt zusätzlich zur Verschärfung dieser Problematik bei: Die 24-Stunden-Gesellschaft hat erwiesenermassen zu einer Zunahme namentlich jener Regelverstösse beigetragen, die sich vorab im öffentlichen Raum ereignen (bspw. tätliche Auseinandersetzungen, Vandalismus, Graffiti, Littering, Lärm etc.). Diesem Trend entgegenzuwirken ist schwierig, weil das wirtschaftliche, kulturelle und gastronomische Angebot in Winterthur im Gleichschritt mit der Bevölkerungsentwicklung eher noch zunehmen wird. Gleich verhält es sich mit der Erreichbarkeit der Stadt mit öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln für den Ausgang während der Wochenendnächte. Um der damit verbundenen Zunahme der Sicherheitsrisiken im öffentlichen Raum begegnen zu können, ist eine zeitliche und örtliche Fokussierung der polizeilichen Patrouillentätigkeit und die Sensibilisierung der Bevölkerung mittels Präventionskampagnen erforderlich.

Bezüglich der sozialen Faktoren der Kriminalität ist festzuhalten, dass zwischen dem Ausmass der Delinquenz und der gesellschaftlichen Schichtzugehörigkeit kein empirisch feststellbarer Zusammenhang besteht. Auch zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität existiert gesamtgesellschaftlich keine Korrelation; auf der individuellen Ebene lässt sich eine solche zwar feststellen, doch ist das Verhältnis von Ursache und Wirkung unklar. Unbestritten ist allerdings, dass sich extreme soziale Benachteiligungen negativ auswirken. Wo die Sozialhilfe den Absturz ins Elend verhindert, trägt sie somit zur Senkung der Kriminalität bei. Zudem verbessert die Sozialhilfe das Erziehungsmilieu, was die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen positiv beeinflusst. Diesem Befund entspricht, dass Programme zur Unterstützung junger Eltern, die in anderen Gemeinwesen durchgeführt wurden, durchwegs positive Ergebnisse erzielt haben, was die potentielle Delinquenz der Heranwachsenden in einer späteren Lebensphase betrifft. Denn wer früh mit abweichendem Verhalten beginnt, delinquierte in der Zukunft öfter, schwerer, vielfältiger und länger als jene Personen, die erst spät damit anfangen.

Jugendliche neigen zur Delinquenz, wenn sie keine aussichtsreichen Perspektiven haben, über längere Zeit hinweg einen legalen Verdienst zu erzielen. Fatalerweise fehlt diese Möglichkeit vorab jungen Menschen mit Migrationshintergrund; sie werden auf dem Arbeitsmarkt nahezu systematisch benachteiligt. Im Schulbereich zeigt ein rasches Eingreifen der Lehrpersonen die nachhaltigste Wirkung, wenn es um die Eindämmung von Delikten auf dem Schulareal geht. Verheerend wirkt sich hingegen jede noch so geringe Toleranz gegenüber Gewalt in der Schule oder in deren Umgebung aus. Wird nicht rechtzeitig und konsequent interveniert, laufen gewalttätige Schülerinnen und Schüler Gefahr, später in eine kriminelle Karriere abzugleiten. Konsequentes Eingreifen nützt hier somit nicht nur den Opfern, sondern auch den Täterinnen und Tätern.

Mit einer gut ausgebauten Schulsozialarbeit, durch schulpsychologische Dienstleistungen und mit der Institutionalisierung von Arbeitsintegrationsmodellen für erwerbslose Jugendliche versucht die Stadt bereits heute auf vielfältige Weise, den sozialen Ursachen von regelwidrigem Verhalten nachhaltig entgegen zu wirken. Seit Anfang 2010 wird hier das Konzept Frühförderung umgesetzt, um Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und bei Kindern

aus benachteiligten, bildungsfernen Familien die Chancen auf Schulerfolg zu verbessern. Langzeitstudien aus den Vereinigten Staaten zeigen, dass frühe Fördermassnahmen die Kriminalitätswahrscheinlichkeit vermindern. Neben schulischen Interventionen stellt die Stadt den Jugendlichen auch vielfältige Kultur- und Freizeitangebote zur Verfügung; sie betreibt überdies eine zielgruppenorientierte Jugend- und Gassenarbeit. In den Schulen herrscht Nulltoleranz gegenüber Gewalt, insbesondere auch hinsichtlich Waffen. Das Portal der Bildungsdirektion des Kantons Zürich (www.stopp-gewalt.zh.ch) enthält vielfältige Informationen zur Gewaltprävention und zur Reaktion auf Gewaltvorfälle an Schulen; die städtischen Schulbehörden richten sich nach diesen Vorgaben. Fallweise ziehen sie im Rahmen der Betreuung auffälliger Schülerinnen und Schüler auch den Jugenddienst der Stadtpolizei Winterthur bei.

Es entspricht einer bedauerlichen Tatsache, dass im sozialen Nahraum in erster Linie Gewaltdelikte gehäuft auftreten. Sozialwissenschaftlichen Daten zufolge sind vor allem Frauen und Kinder davon betroffen. Dabei verüben oft junge Männer mit verschiedenen Integrationsproblemen, die überdies zu Alkohol- oder Drogenkonsum neigen, Gewalt gegenüber der Familie. In der Partnerschaft kommt Gewalt gehäuft bei Immigrantenpaaren vor. Hilfreich sind im Bereich der häuslichen Gewalt Institutionen zur Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern sowie von Migrantinnen, die sich auch wegen sprachlicher Defizite vor dem Umgang mit Behörden fürchten. Zu diesem Zweck – und generell zur Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum – besteht in Winterthur die interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Stopp Häusliche Gewalt". Diese fördert den fachlichen Austausch unter den involvierten Partnerorganisationen (Frauenhaus, Kantonsspital, Vormundschaftsbehörden, Staatsanwaltschaft, Gerichte etc.) und stellt das reibungslose Funktionieren der Arbeitsabläufe bei der Aufarbeitung solcher Fälle sicher.

Schliesslich hat der Stadtrat im Zusammenhang mit den Ursachen für kriminelles Verhalten bereits im Rahmen der vorerwähnten Interpellationsantwort darauf hingewiesen, dass das global vorherrschende wirtschaftliche Gefälle erheblich mit dazu beiträgt, dass die Nachfrage nach Konsumgütern von Personen aus ärmeren Gebieten weiterhin auch auf rechtswidrige Weise gestillt wird. Der Handel mit harten Drogen wird sodann vor allem von Personen aus den Balkanstaaten, aus afrikanischen Ländern sowie aus Mittel- und Südamerika betrieben. Grund dafür ist auch hier oft die wirtschaftliche Not in den Herkunftsländern. Gleich verhält es sich mit der organisierten Bettelei und den rechtswidrigen Auswüchsen der Prostitution. Der letztgenannten Erscheinung kann mit Hilfe von Beratungsstellen für Prostituierte präventiv entgegengewirkt werden; die städtische Einwohnerkontrolle stellt den Beratungsstellen für entsprechende Informationsveranstaltungen unentgeltlich Räumlichkeiten zur Verfügung. Demgegenüber können die Vermögenskriminalität und die Bettelei praktisch nur noch mit polizeilich-repressiven Mitteln eingedämmt werden.

Zur Frage 3:

„Verfügt die Stadt Winterthur, insbesondere das DSU, über eine Strategie zur Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit in der Stadt?“

Das Departement Sicherheit und Umwelt hat seine vielfältigen sicherheitspolitischen Bestrebungen seit jeher nach einer klaren Strategie ausgerichtet, die sich aus den übergeordneten Vorgaben in den Legislatorschwerpunkten des Gesamtstadtrates ableitet. Demgemäss sind die Leitung des Departements Sicherheit und Umwelt und die Stadtpolizei derzeit daran, ihre strategischen Planungen und Massnahmenpläne im Sicherheitsbereich nach Massgabe der stadträtlichen Legislatorschwerpunkte 2010 – 2014 bedarfsgerecht zu aktualisieren. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Es ist aber davon auszugehen, dass die betreffenden Festlegungen im Grundsatz an Bewährtem anknüpfen und gleichzeitig darauf ausgerichtet sind, neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Winterthur verfügt gemessen an der Bevölkerungszahl über das kleinste Polizeikorps der Schweizer Grosstädte. Dies macht es erforderlich, dass die polizeilichen Kräfte konzentriert werden und mit ihren Sicherheitspartnern (Berufsfeuerwehr, Kantonspolizei Zürich etc.) eng zusammen arbeiten. Nachdem die Stadtpolizei ihr Reorganisationsprojekt WINPOL grösstenteils abgeschlossen hat, ist sie mit zeitgemässen Strukturen und Instrumenten noch verstärkt in der Lage, sich auf die aktuellen und künftigen Sicherheitsbedürfnisse in der Stadt Winterthur auszurichten.

Die Stadtpolizei stärkt das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung dank einer mehrschichtigen Präsenz (Funkstreifen, Velo- und Fusspatrouillen, Verkehrspolizei etc.). Im Ereignisfall nimmt sie Verkehrsunfälle auf, leistet Ordnungsdienst bei einer Unzahl von Grossanlässen wie Demonstrationen, Sportevents und Festveranstaltungen und nimmt auf der Polizeiwache zahlreiche Anzeigen entgegen. Die Polizeipatrouillen kontrollieren die Brennpunkte auf Stadtgebiet prozessorientiert, flexibel und nach Prioritäten und bekämpfen dadurch die urbane Kriminalität systematisch und nachhaltig. Die kriminalpolizeilichen Dienste arbeiten mit diversen Partnern zusammen (z.B. im Rahmen des Drogenausschusses und der Jugendkommission). Zum sachgerechten Umgang mit der Drogen- und der Jugendszene findet über Bereichs- und Departementsgrenzen hinweg ein reges interdisziplinäres Zusammenwirken statt. Die Mitarbeitenden des polizeilichen Jugenddienstes sind mit den anderen involvierten Behörden hervorragend vernetzt. In der Umgebung des Bahnhofs, in der Altstadt und bei der Drogenanlaufstelle wird ein hoher sicherheitspolizeilicher Druck aufrechterhalten, damit die regelkonforme Benützung des öffentlichen Grundes durch die verschiedenen Anspruchsgruppen gewährleistet bleibt und es nicht zu Nutzungskonflikten kommt. Die neu eingeführte Velo-Patrouille ermöglicht rasche und auf Brennpunkte fokussierte Interventionen. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit führt die Stadtpolizei statische und lagebezogene mobile Kontrollen durch. In den peripheren Stadtteilen sorgt die Quartierpolizei für eine bevölkerungsnah und dienstleistungsorientierte Erledigung der polizeilichen Aufgaben. Der Fahndungsdienst bekämpft unter anderem die Schwarzarbeit und Verstösse gegen das Ausländerrecht. Der Ermittlungsdienst bewältigt neben seinen allgemeinen kriminalpolizeilichen Aufgaben mit Hilfe der Fachstelle "Häusliche Gewalt" zahlreiche Fälle von Straftaten im sozialen Nahraum. Die Verwaltungspolizei wiederum sorgt für ein gerechtes Veranstaltungsmanagement, erteilt Bewilligungen für alle Arten der Sondernutzung des öffentlichen Grundes (z.B. bei Märkten) und kontrolliert das Gastgewerbe. Der Bereich der Umwelt- und Tierdelikte wird durch die Flurpolizei abgedeckt.

Es ist selbstverständlich, dass die Stadtpolizei ihre Einsatzdoktrin und ihre taktischen Prinzipien laufend den sich verändernden Sicherheitsbedürfnissen anpassen muss. Wie vom Stadtrat bereits in Beantwortung der erwähnten Budgetmotion betreffend Personalausbau bei der Stadtpolizei dargelegt, ist im Sinn einer ganzheitlichen Betrachtungsweise aber immer auch zu berücksichtigen, dass den Sicherheitsproblemen in Winterthur nicht allein mit polizeilichen Mitteln begegnet werden kann. Um die urbane Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen, ist vielmehr ein koordinierter Mitteleinsatz verschiedener Fachbereiche erforderlich.

Zur Frage 4:

„Wo sieht die Stadt mit Einbezug aller Departemente den grössten Handlungsbedarf und wie viel würden die entsprechenden Massnahmen grob gerechnet kosten?“

Grundsätzlich ist es dem Stadtrat weiterhin ein zentrales Anliegen, mit bedarfsgerechter polizeilicher Präsenz, sensibilisierenden Präventionskampagnen und einem interdisziplinären Zusammenwirken verschiedenster städtischer Behörden und Institutionen dafür zu sorgen, dass Winterthur weiterhin zu den sichersten Städten zählt und sich die Einwohnerinnen und Einwohner hier sicher fühlen können. Einen Handlungsschwerpunkt der städtischen Sicher-

heitspolitik stellt in der begonnenen Legislatur 2010 – 2014 die Steuerung und der Ausgleich der verschiedensten, teils gegensätzlichen Nutzungsansprüche dar, die an den öffentlichen Raum gestellt werden. Damit eine ausgewogene Nutzung der öffentlichen Räume gewährleistet bleiben kann, sind personellen Ressourcen und technische Mittel erforderlich. In diesem Zusammenhang kommt, wie der Stadtrat in seinen Legislatorschwerpunkten darlegt, einem gut funktionierenden Zusammenspiel der polizeilichen und sozialräumlichen Arbeit eine zentrale Bedeutung zu. Als Beispiel zu nennen ist in diesem Zusammenhang die bereits erwähnte Quartierentwicklung mit dem Projekt Töss. Eine wichtige Aufgabe der Polizei bleibt ferner die wirkungsvolle Bekämpfung der niederschweligen Kriminalität. Sie unterhält zu diesem Zweck direkte Kontakte zur Bevölkerung und setzt auf eine verstärkte Prävention vor allem durch den Jugenddienst und dessen Zusammenarbeit mit der aufsuchenden, mobilen Jugendarbeit sowie der Strassensozialarbeit.

Nachdem sich gezeigt hat, dass besonders die situative Kriminalprävention zu guten Resultaten führt, zieht der Stadtrat auch in dieser Hinsicht verschiedene Massnahmen in Betracht. So lassen sich etwa Orte, an denen sich die meisten Personen unsicher fühlen (Pärke, Unterführungen, Bahnhof) dadurch aufwerten, dass Verunreinigungen durch Graffiti und Littering sowie andere Spuren von Vandalismus so rasch wie möglich beseitigt werden. Eine Verbesserung der Strassenbeleuchtung erzielt ebenfalls kriminalitätsmindernde Effekte, die – wie Erhebungen in anderen Städten belegen – sogar über den beleuchteten Abschnitt hinausgehen, indem sie auch dort die Delinquenz senken (Overspill-Effekt). Geprüft wird, wie schon gesagt, auch ein massvoller Kameraeinsatz zur Überwachung besonders kritischer Örtlichkeiten. Zur Verbesserung der Sicherheit unter städtebaulichen Gesichtspunkten wurde nebst anderem im Zeitraum zwischen 2006 und 2009 der "Massnahmenkatalog Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum" umgesetzt (z.B. Beleuchtung, Bepflanzung, Aufhebung von dunklen Unterführungen etc.). Einen wesentlichen Beitrag zum Sicherheitsgefühl leistet auch die gestalterische Qualität der öffentlichen Räume. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Projekte wie der Masterplan Bahnhof oder die Aufwertung des Merkurplatzes und des Stadtgartens.

Im Rahmen der derzeitigen sicherheitspolitischen Diskussionen steht immer wieder die Frage nach zusätzlichen Personalstellen bei der Stadtpolizei im Raum. Der Stadtrat hat sich dazu im Zusammenhang mit der vorerwähnten Budgetmotion ausführlich geäussert und festgehalten, dass der Bestand der Stadtpolizei mit Blick auf die Entwicklung der Sicherheitsbedürfnisse in unserer Stadt regelmässig überprüft wird. Es herrscht ein breiter politischer und fachlicher Konsens darüber, dass schweizweit rund 1500 Polizistinnen und Polizisten fehlen, was sich vor allem zu Ungunsten der grossen Städte mit ihren Zentrumslasten auswirkt. Wie im Bericht zur genannten Motion dargelegt, verkennt der Stadtrat nicht, dass auch die Stadtpolizei zur Erfüllung ihrer sicherheitspolizeilichen Aufgaben künftig zusätzliche Personalressourcen an der Front benötigen wird. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, in welchem sich unsere Stadt befindet, ist gerade im sehr sensiblen Sicherheitsbereich eine vorausschauende Ressourcenplanung unentbehrlich. Die Stadt Winterthur ist im gesamtschweizerischen Vergleich eine sehr sichere Stadt, was sich – wie die Umfrageergebnisse bestätigen – auch in einem entsprechend hohen Sicherheitsgefühl der Bevölkerung niederschlägt. Die Stadtpolizei ist betrieblich sehr gut organisiert und mit ihren städtischen und kantonalen Partnerorganisationen bestens vernetzt; diese breit angelegte, koordinierte Zusammenarbeit verschiedenster Fachbereiche ist die Grundlage dafür, dass die heutige hohe subjektive und objektive Sicherheit in unserer Stadt auch weiterhin gewährleistet bleibt.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder